

Marschall Tito in Bonn

# Mit dem Kredit beginnt ein neues Kapitel

Die deutsch-jugoslawischen Beziehungen sind normal / Von Carl-Christian Kaiser

Bonn, im Juni

Selten ist ein Staatsbesuch in Bonn von so vielen publizistischen Fanfarestößen begleitet worden wie der Marschall Titos. Der jugoslawische Staatschef äußerte sich vor den Kameras des ZDF; Außenminister Genscher gab dem Nachrichtenmagazin *nin* ein Begrüßungsinterview; Bundeskanzler Schmidt stand nicht weniger als dreimal Rede und Antwort: der Zeitung *Politika*, der Nachrichtenagentur *Tanjug* und dem jugoslawischen Fernsehen. Dabei sagte er, Tito sei „unter den heute lebenden und im Amt befindlichen Regierungs- und Staatschefs wohl der erfolgreichste in Europa“.

Fast kam der Verdacht auf, daß sich Gast und Gastgeber mit Höflichkeiten umstricken wollten. Indes, mag es zwischen beiden Staaten entgegen den offiziellen Versicherungen auch noch ungeklärte Probleme geben, so dienten der Besuch und die vorausgeschickten Komplimente doch in erster Linie einer Demonstration — dem Beweis, daß sich zwischen einem kapitalistischen und einem sozialistischen Land durchaus freizügige Beziehungen entwickeln lassen. Die Freundschaftlichkeit, ja gelegentliche Herzlichkeit, die das Bonner Treffen kennzeichnete, war echt.

Die Bundesregierung betrachtet das Verhältnis zu Belgrad als ein Paradebeispiel ihrer auf lange Sicht angelegten Ostpolitik, wobei ihr freilich zugute kommt, daß sie es mit einem blockfreien Staat zu tun hat. Tito wiederum möchte gerade durch die Vielfalt der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und menschlichen Beziehungen zur Bundesrepublik die Eigenständigkeit seines Landes unterstreichen. Beide Seiten sehen ihr Verhältnis vor allem auch als ein Modell für die auf der Genfer Konferenz mühsam erörterte Ost-West-Zusammenarbeit in Europa.

## Westkurs gestoppt?

Diese Interessensidentität hat sich durch die jüngste Entwicklung noch verstärkt. Der Besuch in Bonn, die erste Westreise nach den innenpolitischen Auseinandersetzungen mit den Kroaten und der in den letzten zweieinhalb Jahren betriebenen Wiederannäherung an Moskau kam Tito zupass, um aufs neue seine Orientierung in die andere Richtung zu betonen. Die Auguren rätseln, ob der Kurs der Wiederannäherung an die Sowjetunion schon wieder gebremst oder sogar gestoppt worden ist. Jedenfalls fiel auf, daß der Marschall auf dem 10. Parteitag der jugoslawischen Kommunisten im Mai nicht nur, wie üblich, von den Grundsätzen einer antiimperialistischen, sondern auch einer „antihegemonistischen“ Politik sprach. Seit längerer Zeit ist davon die Rede, daß sich der sowjetische Druck wieder verstärkte: Angeblich denkt der Kreml an einen Schutzvertrag für Jugoslawien im Rahmen des Warschauer Pakts und verlangt, als Ersatz für den Verlust der ägyptischen Hafenzentren, Nutzungsrechte in jugoslawischen Häfen sowie Überfluggarantien.

Zugleich verfolgt Tito aufmerksam das westeuropäische Engagement im Mittelmeerraum. Als Anwalt arabischer Interessen läge es für ihn nahe, eine Brückenfunktion zu übernehmen. Aus allen diesen Gründen war es kein Zufall, wenn die Gespräche zwischen ihm und Helmut Schmidt sich ausführlich um das Nahostthema beschäftigten.

Daß es im bilateralen Verhältnis keinerlei Probleme mehr gebe, ist ebenso richtig wie falsch. Die Beziehungen haben sich völlig normalisiert. Aber der nach Höhe und einigen Konditionen ungewöhnliche Entwicklungskredit von insgesamt einer Milliarde Mark, über dessen Löwenanteil man sich termingerecht vor dem Besuch Titos einigte, wird in der Bundesrepublik ein Streitpunkt bleiben. Dabei sollte jedoch nicht übersehen werden, daß auch die Sowjets Jugoslawien mit beträchtlichen Finanzhilfen unter die Arme gegriffen haben. Als Gegenstützungskredit macht das Bonner Darlehen deshalb durchaus politischen Sinn. Nachdem die ohnehin nicht übermäßig robuste jugoslawische Wirtschaft durch die Energiekrise erschüttert worden ist, spielt dieser Gesichtspunkt eine um so größere Rolle.

Vor allem aber ist mit dem Milliardenkredit jener Streit um Entschädigung für die von den Nationalsozialisten angerichteten Zerstörungen beendet, der das Verhältnis zu beeinträchtigen drohte — mögen die Jugoslawen damals auch als harte Pokerspieler aufgetreten sein. Die sogenannte „Brioni-Formel“ von der auf die Zukunft gerichteten langfristigen Zusammenarbeit, auf die sich Brandt und Tito vor gut einem Jahr verständigten, ist mit dem Darlehen konkretisiert worden, das Kapitel der Vergangenheit abgeschlossen.

Eines spricht dafür, daß diese Brioni-Formel auch im Verhältnis zu Polen Schule machen wird — mögen die Gespräche zwischen Bonn und Warschau einstweilen immer wieder an den Klippen Entschädigungsforderungen und Familienzusammenführung auflaufen. Im Prinzip ist die Bundesregierung auch gegenüber Polen zu einem unbundenen Kredit von einer Milliarde unter

angemessenen Konditionen bereit. Ob das Darlehen an Belgrad die Wünsche anderer wecken oder beflügeln wird, läßt sich nur vermuten.

Daß außer den 650 Millionen Mark Warenhilfe an Jugoslawien die restlichen 350 Millionen Mark zum Aufbau eines elektrischen Verbundnetzes im Lande verwendet werden sollen, ist freilich ein Schönheitsfehler. Denn die Materialien für dies Netz werden fast ausschließlich in Jugoslawien selber hergestellt, so daß von „Zusammenarbeit“ hier keine Rede sein kann. Jener Schönheitsfehler stört um so mehr, als die Jugoslawen beim Ankauf eines Atommeilers den USA vor der Bundesrepublik den Vorzug gegeben haben. Die Installation des Meilers wäre ein Musterfall für die angestrebte Kooperation gewesen, während der Stromverbund nur die Voraussetzung für eine spätere wirtschaftliche Zusammenarbeit schafft.

## Auf hohem Niveau

Während der Warenaustausch auf finanziell wie qualitativ hohem Niveau floriert — die Bundesrepublik nimmt als Lieferland vor Italien und der UdSSR den ersten, als Abnehmerland nach diesen beiden Staaten den dritten Platz ein —, ist die Lösung des Problems, weniger Gastarbeiter zu importieren und mehr Geld und Fabriken zu exportieren, noch in weiter Ferne. Für Helmut Schmidts im Interview mit der *Politika* geäußerte Hoffnung, daß man „statt immer größerer Ströme von Arbeitern und Angestellten... immer breitere Ströme von Kapitalinvestitionen zustande bringen“ werde, gibt es vorläufig wenig Ansatzpunkte. Zwar sind in den vergangenen vier Jahren zwischen deutschen und jugoslawischen Unternehmen 20 Kapitalbeteiligungsverträge abgeschlossen worden; 1973 haben 13 westdeutsche Betriebe rund 40 Millionen Mark investiert, doppelt soviel wie im Vorjahr — aber offenkundig müssen die Investitionsbedingungen noch erheblich verbessert werden, vor allem die Transfermöglichkeiten für Gewinne.

Doch im Gesamtzusammenhang der deutsch-jugoslawischen Beziehungen sind dies nur Detailfragen. Die Staatsvisite Titos war eine Demonstration jenes guten und unbefangenen Verhältnisses, wie es sich seit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen 1968 zwischen zwei Ländern mit verschiedenen Gesellschaftsordnungen entwickelt hat. Eigentlich werfe der Besuch, so meinte ein Sprecher der Bundesregierung vor der Ankunft des Marschalls, auf die vielen Emigrantengruppen anspielend, nur Sicherheitsprobleme auf.



Nur Probleme der Sicherheit: Tito und Schmidt

Aufnahme: dpa

## Kernkraft aus USA

# Reaktor-Reaktionen

Atomreaktoren für Israel und Ägypten aus dem Füllhorn Uncle Sams — rückt da im Diplomatenköfferchen Kissingers eine Zeitbombe? Ganz so einfach, wie es die landläufige Reaktion unterstellt, ist es nicht. Der Schritt vom Atomreaktor zur Atombombe ist weit.

Erstens: Der 600-Megawatt-Elektrizitätsreaktor, den Nixon Ägypten in Aussicht gestellt hat, muß mit angereichertem Uran gespeichert werden. Politisch bedeutet dieses technische Detail, daß die Ägypter (wie auch die Israelis) auf einen Brennstoff angewiesen sind, der einfacher zu kontrollieren ist als Natururan, weil nur die fünf Atommächte über die aufwendigen Anreicherungsanlagen verfügen.

Zweitens hat dieser Reaktortyp einen geringen militärischen Wert. Er produziert zwar Plutonium, doch in einer für Bomben ungeeigneten Form. Um den nötigen Reinheitsgrad zu erzielen, müßten die Brennstäbe nach kurzen (und daher unwirtschaftlichen) Bestrahlungszeiten ausgewechselt werden. Anders als bei Natururanreaktoren muß dazu die Elektrizitätsproduktion unterbrochen und der Reaktor wochenlang stillgelegt werden, was eine Kaschierung der Zweckentfremdung vereitelt.

Drittens muß Plutonium zur Bombenherstellung in besonderen Anlagen aufbereitet werden, deren Bau und Betrieb einem Beobachtungssatelliten nicht verborgen bleibt.

Viertens unterliegen die amerikanischen Reaktoren der Kontrolle amerikanischer oder internationaler Inspektoren an Ort und Stelle; unter den 35 amerikanischen Nuklearhilfsabkommen ist noch kein einziger Fall der illegalen Abzweigung von Spaltmaterial bekanntgeworden. Auch wird vor der endgültigen Lieferung der amerikanischen Kongreß noch ein Wörtchen mitzureden haben; und mit dem ist angesichts von Watergate nicht gut Kirschenessen.

Gewiß sind dies alle keine unüberwindbaren Hindernisse, zumal Ägypter wie Israelis ihre feierlichen Verpflichtungen jederzeit einem vermeintlichen nationalen Notstand opfern könnten. Auf jeden Fall ist der atomare Sündenfall getan. Außerdem werden Reaktoren (wie Waffen) heute auf einem Käufermarkt gehandelt. Eine freiwillige Unterwerfung Ägyptens unter die strenge amerikanische Überwachung bietet da zwar keine Garantie für die Ewigkeit, aber unter den Umständen ist sie wohl die beste Methode der Schadensbegrenzung. jo.

## England

# Schleichfahrt in den Sozialismus?

Wilson's Minderheitsregierung setzt auf Neuwahlen im Herbst / Von Hubert Gordon

Bis jetzt war das eine beinahe gemütliche Labourregierung, ganz anders im Temperament als ihre beiden Vorgängerinnen der Jahre 1964 bis 1966 und 1966 bis 1970. Damals glaubten der sprühende, tatendurstige Wilson und sein enthusiastisches Team noch an Aufbrüche zu neuen Ufern, die dann jedoch — die ewige Pfund-Krise kam in die Quere — auf bessere Zeiten vertragen werden mußten.

Wie anders dann, nach vier Jahren konservativer Herrschaft, der Start in das Kabinett Jahrgang 1974: Ein bedächtiger, jedes Wort wählender Wilson, deutlich gealtert, führt beinahe unsichtbar eine intellektuell eindrucksvolle, tüchtige, aber durch langjährige Regierungserfahrung auch geläuterte Mannschaft, die keine Wunder mehr erwartet.

Das gemäßigte Tempo des Kabinetts hat freilich auch arithmetische Gründe. Eine Minderheitsregierung, wie Labour sie stellt, nachdem die Partei in den Wahlen Ende Februar zwar fünf Sitze mehr errang als die Konservativen, aber 17 Mandate weniger als alle Oppositionsparteien zusammengenommen, kann nur soweit regieren, wie die Opposition es zuläßt. Gewalttore sind nicht möglich; eine Minderheitsregierung regiert von der Opposition Gnaden.

Bis jetzt war die Opposition gnädig. Der Schock der unerwarteten Niederlage ließ die Konservativen an ihrem Programm, an ihrer Führung und damit an sich selber zweifeln. So ist die Suche nach überzeugenderen Rezepten — mehr soziales Verständnis, mehr Bemühen um einen im Klassenstaat England so schwer zu findenden Konsensus — noch nicht abgeschlossen. Unter solchen Umständen wäre es für die Opposition selbstmörderisch, frühe Neuwahlen zu erzwingen, und sollten da Zweifel bestehen, dann räumt schon die Tendenz der Umfragen sie aus: Die Labour Party, die bei den Wahlen im Stimmenanteil noch um 0,9 Prozent hinter den Konservativen zurücklag und ihren Mandatsvorsprung allein den Eigenheiten des britischen Wahlsystems verdankt, führt heute mit etwa acht Punkten.

Daß Wilson in dieser Lage sein Recht nicht ausnutzt, sich von der Königin (sie kann nicht widersprechen) Neuwahlen genehmigen zu lassen und sich, wie die Dinge heute liegen, damit wahrscheinlich eine Mehrheit zu verschaffen, ist allein der Rücksicht auf die stärksten Bataillone der Labour Party zu verdanken — die Gewerkschaften. Ihre Forderung für die von der Regie-

rung Wilson ersehnte, aber noch keineswegs garantierte Zurückhaltung bei Lohnforderungen ist der parlamentarisch bereits in Angriff genommene, aber noch nicht verabschiedete Widerruf des konservativen Gewerkschafts-Reformgesetzes. Labour will nicht — und kann wohl auch nicht — ohne diesen Widerruf vor seine Wähler treten.

So verrinnt kostbare Zeit, da der parlamentarische Fahrplan relativ unbeweglich ist, und niemand weiß, ob die Gunst der Lage bis in den Herbst anhält. Inzwischen aber haben die ersten Betriebsferien begonnen und machen eine Wahl im Juli, die rein technisch noch immer möglich wäre, immer unwahrscheinlicher.

Es sind allein diese Zwänge des Kalenders und das Gefühl, vor einer Wahlüberraschung jetzt sicher zu sein, die den Konservativen den

Mut eingegeben haben, im Parlament den Streit zu suchen, den man vorher, da er mit einer höchst riskanten Neuwahl hätte enden können, peinlich vermieden hat. Mehr steckt nicht hinter den drei Niederlagen, die die Konservativen gemeinsam mit den Liberalen der Regierung jetzt im Unterhaus beigebracht haben. Bis dahin hatten die konservativen Fraktionsstrategen sorgfältig darauf geachtet, daß ihr Zählappell jeweils weniger oppositionelle als Regierungsabgeordnete im Sitzungssaal ergab. Wieweit solche Späße dem Ansehen des Parlaments nützen, das auch in Großbritannien immer wieder neu erworben werden will, muß offenbleiben.

Immerhin wird hinter einer dieser Niederlagen die Frontstellung von morgen und vielleicht auch schon der Mann von morgen sichtbar. Die eindringliche Formel von der „fundamentalen

und nicht mehr umkehrbaren Verlagerung im Gleichgewicht der Macht und des Wohlstandes zugunsten des arbeitenden Menschen und seiner Familie“ im Wahlprogramm der Labour Party stammt von dem Mann, der jetzt in der Labour-Regierung über das Ressort „Industrie“ herrscht und an seinem Schreibtisch eben diese Verlagerung vorbereitet. Tony Benn, intelligent, einprägsam, klassisches Oxford-Produkt, verheiratet mit einer ebenso intelligenten und nicht eben armen Amerikanerin, hat es sich in den Kopf gesetzt, die „Kommandohöhen der Wirtschaft“ (eine Formulierung des Säulenheiligen der britischen Linken, Aneurin Bevan) in die Hand des Staates oder des „Volkes“ — die Sache ist noch nicht ganz entschieden — zu bringen.

Er stützt sich dabei auf den stärker werdenden linken Flügel der Partei und auf die Gewerkschaften, die im Plenum der Parteitage der Labour Party über 88 Prozent der Stimmen verfügen. Was sie wollen, steht im Wahlprogramm: Verstaatlichung von Gas und Nordseeöl, des Schiffbaus, der Häfen, der Luftfahrtindustrie und von Bauland; dazu noch auszuwählende Teile der Konsumgüterindustrie. Banken und Versicherungen sind für später ins Auge gefaßt. Darüber hinaus soll es „Planungsabkommen“ zwischen der privaten Wirtschaft und der Regierung sowie einen „Enterprise Board“ geben; beide Einrichtungen sollen nicht zuletzt die Investitionen der Industrie lenken. Eben dieses Programm würde, angesichts der Mehrheitsverhältnisse nicht verwunderlich, vom Parlament verworfen. Doch selbst dem geschickten Wilson wird es kaum mehr möglich sein, den Katalog wieder aus dem Wahlprogramm herauszunehmen, selbst wenn er und die Mehrheit der Partei zu der Ansicht kommen sollten, daß ein solches Programm den Wahlaussichten schadet. Im übrigen glauben die Engländer mehr an Interventionismus, als sie selber wahrhaben wollen. Sollte daher Labour die nächsten Wahlen, für die jetzt September oder Oktober als nahezu sicherer Zeitraum gelten, gewinnen, dann könnte England sehr wohl eine massive Dosis Sozialisierung erleben, wie sie das Land seit den Verstaatlichungen durch die Regierung Attlee unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gesehen hat.

Auf einem ganz anderen Blatt steht, ob das die richtige Antwort auf die eigentliche Sorge des Landes wäre: Eine Inflationsrate, die längst südamerikanische Maßstäbe erreicht hat und in den letzten drei Monaten, projiziert auf einen Jahresatz, bei 25 Prozent lag.



Phantoms jagen Kommandos